

Pressemitteilung

PLANUNGSSTOPP FÜR IKEA VERLÄNGERT

Negative Folgen einer Ansiedlung IKEAs werden verschwiegen – kommt jetzt der Autobahzubringer nach Altona?

Hamburg, 30.12.2009. Die Initiative „Kein Ikea in Altona“ wird zeitlich deutlich vor der gesetzlich anberaumten Sammelfrist (27. Februar 2010) die nötigen 5.600 gültigen Unterschriften zusammen haben. Aktuell gehen wir davon aus, dass wir bereits Mitte Januar die Unterschriften abgeben werden. Aufgrund dieser Ankündigung hat sich das Bezirksamt Altona in Übereinstimmung mit der Dienstvorschrift zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden dazu entschieden, den Suspensiveffekt bis zum 19.01.2010 zu verlängern!

In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass der Vorsitzende der CDU-Bezirksfraktion Altona, Uwe Szczesny, bei der öffentlichen Anhörung zu IKEA am 16. September ausdrücklich versichert hat, dass eine Evokation durch den Senat ausgeschlossen ist.

Das geplante Ikea-Bauvorhaben stellt nur ein Puzzleteil des „Masterplans Altona“ dar, der in den nächsten Jahren das Stadtbild Altonas massiv verändern wird. Die angestrebte Ansiedlung IKEAs in der Neuen Großen Bergstraße würde unweigerlich zu einem Verkehrschaos führen. Dies ist den Bezirkspolitikern trotz aller öffentlicher Beteuerungen offenbar bewusst: Die alten CDU-Pläne für einen Autobahzubringer über die Harkortstrasse in das Herz Altonas werden wieder in die Planungen der Stadtentwicklungsbehörde für die Neugestaltung des Stadtteils einbezogen. Dies steht im krassen Widerspruch zu Hamburgs Bestrebungen, sich im Jahre 2011 als „Umwelthauptstadt Europas“ zu präsentieren.

Wie jetzt außerdem bekannt wurde, hatte IKEA selbst vor einigen Jahren einen Standort neben dem UCI-Kino in Bahrenfeld an der Autobahnabfahrt Othmarschen vorgeschlagen. Diese sehr viel verkehrsgünstigere Lösung wurde jedoch vom Bezirk abgelehnt. Es stellt sich daher die Frage, warum der Bau eines überdimensionierten Möbelhauses mitten in einem Wohngebiet von der Bezirkspolitik gewollt ist.

Wir als Anwohnerinitiative wehren uns gegen diese fehlgeleitete Stadtentwicklungspolitik, die bewusst Folgen einer Ansiedlung IKEAs, wie den angedachten Autobahzubringer, verschweigt. Durch gezielte Fehlinformationen wird von der Politik versucht, einen für IKEA positiven Ausgang des Bürgerentscheids herbeizuführen. Es sollen so schnellstmöglich Tatsachen geschaffen werden, die eine massive Umstrukturierung des gesamten Stadtteils nach sich ziehen werden.

Initiative „Kein-Ikea-in-Altona!“

Pressekontakt:

presse@kein-in-altona.de

Tel.: 0157-84480973

Für die Vertrauensleute des Bürgerbegehrens:
Robert Krause